

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

15. Novelle zum Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetz – vorzeitiger Erschließungsbeitrag

Verbraucherpreisindex für Februar 2011
(vorläufiges Ergebnis)

Geschätzte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister! Werte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter!

Mit der Beschlussfassung über die Änderung des Tiroler Raumordnungsgesetzes sowie des Verkehrsaufschließungsabgabengesetzes konnten im heurigen Frühjahr wesentliche Vorhaben für diese Regierungsperiode abgeschlossen werden.

Das nächste große legislative Vorhaben – die Änderung des Stadtrechtes der Stadt Innsbruck sowie der Wahlordnungen sowohl für den Landtag als auch die Gemeinden wird im Herbst folgen. In den nächsten Wochen werden dazu die Begutachtungsentwürfe in den Gemeinden eingehen. Da die Gemeinden hier wichtige Beiträge aufgrund ihrer Erfahrungen bei den Wahlen liefern können, lade ich schon heute ein, wichtige Impulse im Rahmen der Stellungnahmen abzugeben. Die Erfahrungen der Gemeinden sind hier von unschätzbarem Wert.

In zweieinhalb Monaten starten wir mit dem Rettungsdienst NEU. Die Gemeinden können dann ihre Verantwortung für den örtlichen Rettungsdienst auch offiziell an das Land übertragen. Die Leistung wird in Zukunft durch das Land Tirol erbracht. Ganz klar steht aber auch weiterhin die ehrenamtliche Tätigkeit unserer unzähligen Rettungs- und Notfallsanitäter im Vordergrund, denn ohne das Engagement so vieler Freiwilliger kann ich mir einen leistungsfähigen und leistbaren Rettungsdienst in Tirol nicht vorstellen.

Im Bereich Agrargemeinschaften wurden die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen, damit die Erträge aus dem Substanzwert in Zukunft entsprechend abgerechnet und an die Gemeinden fließen können. Hier wird immer wieder polemisiert, dass das Gesetz falsch sei. Dass das nicht der Fall ist, hat auch der Verfassungsgerichtshof in mehreren Erkenntnissen ausdrücklich bestätigt. Eine Vielzahl an Gemeinden und Agrargemeinschaften geht diesen Weg im Einklang mit dem Erkenntnis aus 2008 und dem neuen Gesetz mit. So haben mittlerweile über 200 Gemeindegutsagrargemeinschaften ihren Jahresabschluss bzw. vorläufige Vereinbarungen vorgelegt. Nach Genehmigung durch die Behörde können die Gemeinden erstmals ihre Erträge aus der Substanznutzung abrufen.

Allerdings ist auch das beste Gesetz nicht in der Lage davor zu schützen, dass sich manche nicht daran halten. In diesen Fällen haben wir die Behörde angewiesen, alle möglichen Gegenmaßnahmen rasch und konsequent einzuleiten. Die ersten Sachverwalter haben ihre Tätigkeit aufgenommen und werden dafür Sorge tragen, dass die Gemeinden in Entscheidungen entsprechend eingebunden werden und ihnen die zustehenden Erträge aus den Substanznutzungen zu Gute kommen.

Ich kann nur appellieren, die offenen Fragen rasch zu einem gemeinsamen Abschluss zu bringen. In Gesprächen bei Veranstaltungen und Terminen in Gemeinden habe ich den Eindruck gewonnen und so wurde mir auch zugetragen, dass bei einigen von Euch nach wie vor Unsicherheiten und Informationsbedarf besteht. Um diese Fragen gemeinsam mit den Experten der Abteilungen Agrargemeinschaften, Gemeindeangelegenheiten und Verfassungsdienst beantworten zu können habe ich alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu einer Informationsveranstaltung im Landhaus eingeladen.

Ich wünsche allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein besinnliches Osterfest.

Euer Günther Platter
Landeshauptmann von Tirol

15.

Novelle zum Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetz – vorgezogener Erschließungsbeitrag

Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung vom 17. März 2011 eine Novelle zum **Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetz** beschlossen, welche mit 1. Juli 2011 in Kraft treten wird und mit der der bereits seit vielen Jahren immer wieder diskutierte „vorgezogene Erschließungsbeitrag“ eingeführt wird.

Im Folgenden werden die wesentlichen Inhalte dieser Gesetzesänderung vorgestellt:

1) Änderungen im Geltungsbereich

In Hinkunft unterliegen auch Gebäudeteile von be-
willigungspflichtigen Stromerzeugungsanlagen und
Abfallbehandlungsanlagen sowie von Seilbahnanlagen
der Abgabepflicht zur Entrichtung des Erschließungs-
beitrages (Bauplatz- und Baumassenanteil).

Demgegenüber werden künftig auch Kleingebäude
(Jagd- und Fischereihütten mit höchstens 10 m² Nutz-
fläche) und Kapellen mit höchstens 20 m² Grundfläche
vom Gebäudebegriff ausgenommen und unterliegen
somit nicht mehr der Abgabepflicht nach dem Tiroler
Verkehrsaufschließungsabgabengesetz.

2) Ermittlung des Bauplatzanteiles bei Sonderflächen

In Zukunft wird bei Sonderflächen, die eine Widmung
nach §§ 47, 50 und 50a des Tiroler Raumordnungsge-
setzes 2006 – TROG 2006 (Sonderflächen für sonstige
land- und forstwirtschaftliche Gebäude, Sonderflächen
für Sportanlagen und Sonderflächen für Anlagen zur
Aufbereitung mineralischer Rohstoffe) aufweisen, für
die Berechnung des Bauplatzanteiles nur die durch das
Gebäude überbaute Fläche samt der Fläche eines näher
bestimmten Randes (Mindestabstandsfläche) herange-
zogen. Damit wird die bisher insbesondere bei der Be-
rechnung des Bauplatzanteiles im Freiland sowie auf
Sonderflächen nach § 44, § 45 und § 46 TROG 2006
(Sonderflächen für Hofstellen, Sonderflächen für land-
wirtschaftliche Intensivtierhaltung und Sonderflächen
für Austragshäuser) anzuwendende Vorgangsweise auf
die oben beschriebenen Widmungskategorien ausge-
dehnt.

3) Einführung des „vorgezogenen Erschließungsbeitrages“

a) *Voraussetzung für die Erhebung ist eine Verordnung
des Gemeinderates.*

Die Gemeinden werden ermächtigt, im Verord-
nungswege auf **unbebaute Grundstücke**, die eine **Wid-
mung als Bauland** aufweisen (bei Teilflächen im Um-
fang der als Bauland gewidmeten Teilfläche) einen vor-
gezogenen Erschließungsbeitrag einzuheben.

Kein vorgezogener Erschließungsbeitrag darf erho-
ben werden auf:

- Grundstücke, für die eine erforderliche Baulandum-
legung im örtlichen Raumordnungskonzept festge-
legt ist;
- Grundstücke, die aufgrund der Lage, Form oder
Größe einer geordneten und Boden sparenden Be-
bauung entsprechend den Festlegungen des örtlichen
Raumordnungskonzeptes nicht zugänglich sind (§ 54
Abs. 7 TROG 2006);
- Grundflächen, desselben Eigentümers, die unmittel-
bar an eine als „Bauparzelle“ (Fläche, die gänzlich
durch Gebäude – ohne Einhaltung von Mindestab-
standsflächen zur angrenzenden Fläche hin – über-
baut ist) anschließt. Diese, als „Bauparzelle“ ausge-
wiesenen Grundflächen, wurden vor dem Inkrafttre-
ten des Vermessungsgesetzes, BGBl. Nr. 306/1968,
mit 1. Jänner 1969, gebildet.

b) *Erschließungsbeitragssatz:*

Es gilt der von der Gemeinde in der Verordnung nach
§ 7 Abs. 3 des Verkehrsaufschließungsabgabengesetzes
festgelegte Erschließungsbeitragssatz.

c) *Abgabenschuldner ist der Eigentümer des für die
Erhebung des Beitrages maßgeblichen Grundstückes.*

d) *Höhe und Bemessungsgrundlage des vorgezogenen
Erschließungsbeitrages:*

Die Höhe des vorgezogenen Erschließungsbeitrages
erfolgt auf Grundlage des von der Gemeinde festgeleg-
ten Erschließungsbeitragssatzes und ist das Produkt aus
der Fläche des Grundstücks in Quadratmetern und
150 v. H. des Erschließungsbeitragssatzes. Damit ent-
spricht die Abgabenhöhe **exakt dem Bauplatzanteil des
Erschließungsbeitrages nach den bisher geltenden
Bestimmungen**. Aufwendungen für die verkehrsmä-
ßige Erschließung des betreffenden Grundstückes
durch den Abgabenschuldner bzw. seines Rechtsvor-
gängers aufgrund einer privatrechtlichen Vereinbarung
mit der Gemeinde sind auch bei der Vorschreibung des
vorgezogenen Erschließungsbeitrages entsprechend zu
berücksichtigen.

e) Entstehen des Abgabenspruches:

- mit dem Inkrafttreten der Widmung als Bauland;
- mit dem Abschluss des Umlegungsverfahrens;
- mit dem Wegfall der Voraussetzungen nach § 54 Abs. 7 TROG 2006 (siehe dazu obige Ausführungen);

In allen Fällen ist jedoch für die Entstehung des Abgabenspruches Voraussetzung, **dass die Verkehrserschließung des betreffenden Grundstückes bereits erfolgt ist**. Diese Voraussetzung gilt dann als erfüllt, sobald im Sinn des § 3 Abs. 1 der Tiroler Bauordnung 2001 eine dem vorgesehenen Verwendungszweck entsprechende Verbindung des Grundstückes mit einer bereits errichteten öffentlichen Verkehrsfläche entweder bereits besteht oder zumindest rechtlich sichergestellt ist. In diesem Zusammenhang muss also die unmittelbare verkehrsmäßige Anbindung des einzelnen Grundstückes nicht zwingend durch öffentliche Verkehrsflächen erfolgen, sondern sind auch bestehende Privatstraßen oder andere durch Verbücherung rechtlich gesicherte Verbindungen zu berücksichtigen.

f) Vorschreibung des vorgezogenen Erschließungsbeitrages:

Der vorgezogene Erschließungsbeitrag ist - mit Entstehen des Abgabenspruches – **in fünf jährlich gleichen Teilbeträgen** vorzuschreiben.

Mit der Vorschreibung des Erschließungsbeitrages im Zuge einer Baumaßnahme **erlischt** der Abgabenspruch auf noch nicht fällig gewordene Teilbeträge bzw. ist im Fall der gänzlichen Entrichtung nur mehr der Bau-massenanteil des Erschließungsbeitrages zu entrichten.

g) Rückzahlung, Wiederentstehen des Abgabenspruches:

Der vorgezogene Erschließungsbeitrag ist zurück-zu-zahlen, wenn eine als Bauland gewidmete Grundfläche diese Widmung verliert. Eine Kennzeichnung der be-treffenden Grundfläche nach § 35 Abs. 2 des TROG 2006 ist einer Rückwidmung in diesem Zusammenhang gleichzuhalten, weil damit ein weitestgehendes Bauverbot bewirkt wird. Der **Rückzahlungsanspruch** des Abgabepflichtigen ist **auf zehn Jahre** – gerechnet vom Ent-

stehen des Abgabenspruches an – begrenzt.

Der **Wegfall einer Kennzeichnung** nach § 35 Abs. 2 des TROG 2006 im Sinn obiger Ausführungen lässt demgegenüber den **Abgabenspruch neu** entstehen.

h) Übergangsbestimmung für bereits als Bauland gewidmete Grundstücke:

Für im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gesetz-sänderung bereits gewidmetes, aber noch nicht be-bautes Bauland entsteht der Abgabenspruch **frühes-tens** nach dem Ablauf von drei Jahren und somit am **1. Juli 2014**. Frühestens deshalb, da das Entstehen des Abgabenspruches grundsätzlich an den durch die Ver-ordnung der Gemeinde über die Ausschreibung des vor-gezogenen Erschließungsbeitrages festgelegten Zeit-punkt anknüpft. Zusammenfassend müssen für die Er-hebung des vorgezogenen Erschließungsbeitrages im Sinn dieser Bestimmung folgende Voraussetzungen – kumulativ – vorliegen:

- Verordnung der Gemeinde (Zeitpunkt des Inkraft-tretens ist zu beachten);
- **keine** Kennzeichnung nach § 35 Abs. 2 TROG 2006 (siehe obige Ausführungen);
- Verkehrserschließung des betreffenden Grundstückes im Sinn obiger Ausführungen muss bereits erfolgt bzw. zumindest rechtlich sichergestellt sein.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass sich diese Ausführungen lediglich auf die „Eckpunkte“ der Novelle zum Tiroler Verkehrsaufschließungsabgaben-gesetz beziehen und damit für eine umfassende Auseinandersetzung mit den geänderten Bestimmungen die Heranziehung des Gesetzestextes unerlässlich sein wird. In diesem Zusammenhang darf auf die Möglichkeit hin-gewiesen werden, auf die parlamentarischen Materialien (z. B. Regierungsvorlage samt erläuternden Bemerkun-gen) zuzugreifen zu können.

Folgender Link steht dabei zur Verfügung: Tiroler Landtag / Parlamentarische Materialien / Gastzugang / Ausschussvorlagen / Sitzungsperiode auswählen / Re-gierungsvorlage zum jeweiligen Gesetz / Details / Do-kumente / Erläuternde Bemerkungen.

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR FEBRUAR 2011

(vorläufiges Ergebnis)

	Jänner 2011 (endgültig)	Februar 2011 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	101,0	101,7
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	110,6	111,4
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	122,3	123,2
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	128,7	129,6
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	168,3	169,4
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	261,6	263,4
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	459,0	462,2
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	584,9	588,9
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	586,8	590,9

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Februar 2011 beträgt 101,7 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Jänner 2011 um 0,7% gestiegen (Jänner 2011 gegenüber Dezember 2010: - 0,1%). Gegenüber Februar 2010 ergibt sich eine Steigerung um 3,0% (Jänner 2011/2010: + 2,4%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck